

Stand: 26.06.2026 22:42:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2201

"Bericht zum Vorfall mit Todesfolge in der JVA Landshut"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2201 vom 03.06.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3074 des VF vom 10.07.2014
4. Beschluss des Plenums 17/3136 vom 30.09.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 25 vom 30.09.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zum Vorfall mit Todesfolge in der JVA Landshut

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration schriftlich und dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen schriftlich und mündlich über die Vorfälle, die am 25. Mai 2014 zum Tod eines kosovarischen Flüchtlings in der JVA Landshut geführt haben, zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Wurde der Betroffene auf psychologischen Hilfebedarf – vor der Abschiebung wie auch nach der Festnahme – untersucht?
2. Wie war der Ablauf des Abschiebeversuchs nach Ungarn, warum wurde trotz der psychischen Probleme des Betroffenen ein Abschiebeversuch unternommen?
3. Wurde vor der Abschiebung das Angebot einer Rückkehrberatung gemacht?
4. Weshalb wurden Mitarbeiter und Passagiere der betroffenen Fluglinie durch die bayerischen Behörden fahrlässig in Gefahr gebracht, weil eine Abschiebung unter diesen Umständen durchgeführt wurde?
5. Hält die Staatsregierung weiterhin an ihrer Praxis fest, in EU-Staaten abzuschicken, in denen offensichtlich Asylverfahren nicht nach europäischen Standards durchgeführt werden?
6. Wie ist die derzeitige Situation Asylsuchender in Ungarn im Hinblick auf Verfahren und Unterbringung der Asylsuchenden?

7. Wie häufig wurden in den letzten beiden Jahren Asylbewerber in normalen Linienflugzeugen abgeschoben und wie wird zukünftig verhindert, dass Dritte und Unbeteiligte dadurch in Gefahr gebracht werden?
8. War die Fixierung durch Mitarbeiter der JVA ursächlich für den Tod des Betroffenen?
9. Wird gegen die Mitarbeiter der JVA ermittelt und wenn ja, wegen welchen Verdachtsmomenten?

Begründung:

Am 25. Mai 2014 kam in der Justizvollzugsanstalt Landshut ein abgewiesener Asylsuchender zu Tode. Es liegt laut Medienberichten der Verdacht nahe, dass das Agieren der Mitarbeiter der JVA nach einer suizidalen Handlung des Kosovaren den Tod des Betroffenen mitverschuldet hat. Der Gefangene soll von den Wachleuten fixiert worden sein. Während dieser Fixierung sei es zum Herzstillstand gekommen. Die Ursachen des Todes müssen geklärt werden, auch ob die psychische Lage des Betroffenen und offensichtliche Traumata untersucht wurden.

Der zu Tode gekommene Asylsuchende hatte zuvor in Bayern Asyl beantragt. Entsprechend der Dublin-Verordnung sahen sich die deutschen Behörden jedoch nicht für dessen Asylantrag zuständig und planten die Überstellung des Flüchtlings nach Ungarn. Aus Angst vor den Unzulänglichkeiten der ungarischen Asylpolitik leistete der Betroffene bei seiner Abschiebung Widerstand und soll eine Geisel genommen haben, um zu erreichen, dass er nicht nach Ungarn abgeschoben wird. Daraufhin wurde er festgenommen und saß wegen Geiselnahme und gefährlicher Körperverletzung in Untersuchungshaft in der JVA Landshut.

Es ist zu klären, inwieweit die Abschiebung nach Ungarn unangemessen und falsch war, und ob die psychischen Probleme von Flüchtlingen bei der Abschiebung in sog. Dublin III-Staaten ignoriert wurden. Auch erscheint es u.E. mehr als fahrlässig, wenn durch die bayerische Abschiebep Praxis Menschen in Gefahr gebracht werden.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Frage!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Eine Frage!

(Unruhe)

Bitte schön, kommen Sie doch zum Ende.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Komm, lass es gut sein.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: So, fertig. Ihm fällt nichts mehr ein.

Steffen Vogel (CSU): Darf ich Ihnen deshalb im Namen der Stimmkreisabgeordneten danken?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ihre Zeit ist um.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nicht Ihre Zeit, sondern Ihre Redezeit. Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ich spare wieder Redezeit ein. Sehr geehrter Herr Kollege, der Staatsregierung sind diese Fakten wohlbekannt.

(Beifall bei der CSU – Allgemeine Heiterkeit)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb ist die Aussprache geschlossen. Ich komme zur Abstimmung. Da es sich um vier namentliche Abstimmungen handelt, bitte ich um etwas Disziplin. Für die erste Abstimmung haben Sie fünf Minuten Zeit, für alle weiteren drei Minuten. Jetzt erfolgt die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/2198. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 17.21 bis 17.26 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Abstimmung ist abgeschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt.

Jetzt erfolgt die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/2197. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.26 bis 17.29 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen wieder außerhalb des Saales aus.

Ich rufe nun den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/2199 zur Abstimmung auf. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.30 bis 17.33 Uhr)

Die Zeit ist um. Wir zählen wieder außerhalb des Plenarsaals aus. – Jetzt rufe ich den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/2212 auf. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Es stehen wieder drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.33 bis 17.36 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist nun beendet. Die Abstimmungsergebnisse werden außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekanntgegeben. Wir fahren in der Zwischenzeit mit der Tagesordnung fort.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen Nummern 17/2200 mit 2205 und 2213 mit 2214 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Höchstspannungsleitung Lauchstädt – Meitingen aus dem Bundesbedarfsplangesetz streichen", Drucksache 17/2196. Mit Ja haben 22 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 141, Stimmenthaltungen gab es keine. - Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme nun zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Erwin Huber, Frelle und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Erforderlichkeit neuer Stromtrassen prüfen – Ablehnung der Gleichstrompassage Süd-Ost", Drucksache 17/2209. Mit Ja haben 96 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 17, Stimmenthaltungen gab es 46. - Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Kohnen, Karl und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Stromversor-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/2201

Bericht zum Vorfall mit Todesfolge in der JVA Landshut

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Sepp Dürr**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 19. Sitzung am 3. Juli 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 18. Sitzung am 10. Juli 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/2201, 17/3074

Bericht zum Vorfall mit Todesfolge in der JVA Landshut

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 19.15 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
 Nazi-Aufkleber bei der Polizei - Aufklärung und Konsequenzen dringend geboten!
 Drs. 17/2096, 17/2665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
 Sicherheit bei Sportveranstaltungen
 Drs. 17/2294, 17/2666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer u.a. CSU
Maßnahmen der Städtebauförderung
Drs. 17/2300, 17/2789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Periodischer Sicherheitsbericht und Kriminalstatistik
Drs. 17/2381, 17/2664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Cybercrime - Zusammenarbeit von BSI und Landesbehörden beim millionenfachen Datendiebstahl
Drs. 17/2408, 17/2791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. CSU
Bericht zum Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus
Drs. 17/2513, 17/2790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. CSU
Umsetzung der Erkenntnisse der Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags und des Deutschen Bundestags zum NSU
Drs. 17/2550, 17/2667 (ENTH) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Vorfall mit Todesfolge in der JVA Landshut
Drs. 17/2201, 17/3074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht über den Tod eines Untersuchungshäftlings
Drs. 17/2214, 17/3073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>